

Johannes-Maria Lex

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Donnerstag, 12. August 2010 13:22  
**An:** hufschlag@fh-koblenz.de; norbert.neuss@erziehung.uni-giessen.de; anette.stein@bertelsmann-stiftung.de; luise.hollerer@aon.at; andrea.brunner@bka.gv.at; michaela.zlamal@wien.gv.at; presse@oevp-wien.at; wien.presse@spoe.at; presse@gruene.at; office@pga.at  
**Betreff:** Sammelmeldung 12.08.2010.doc  
**Anlagen:** image002.jpg; Flyer\_Grundwissen Elementarpädagogik\_245345.pdf; Inhalt-Grundwissen-Neuss.pdf; PM KECK\_100722.pdf

**Plattform EduCare**  
 elementäre und außerschulische Bildung

**Informationsdienst**

<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)  
<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

**Plattform EduCare**  
 elementäre und außerschulische Bildung

auf Facebook

<http://www.facebook.com/PlattformEduCare>

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

## ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 12.08.2010 13:21:54

### MEINUNG

[Bildungsrahmenplan für 5-jährige: Kinder gleichbüßeln?](#)

### TOP-THEMA

[Was die Fünfjährigen lernen sollen - Bildungsplan für Kindergartenjahr vorgelegt](#)

[Kein Lehrplan im herkömmlichen Sinn](#)  
[Auf Volksschule vorbereiten](#)  
[Anleitung für den Alltag](#)  
[Verpflichtung der Bundesländer](#)  
 Steiermark: "unnötige Fleißaufgabe"  
 Steirische Weigerung "fast fahrlässig"

→ [Alle 8 Artikel »](#)

[Österreichische Staatssekretärin Marek kündigt Bildungsplan für 5jährige an](#)

[Bildungsplan: Keine Umsetzung in Steiermark](#)

[Steiermark will Bildungsplan nicht umsetzen](#)

[Reaktion von Heinsch-Hosek](#)  
[Oxonitsch: Wien hat seit Jahren Bildungsplan](#)  
[Eisel-Eiselsberg verwundert](#)

[Weiteres Pochen der Frauenministerin](#)

[Bildungsplan auch unter Experten/innen umstritten](#)

### BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)  
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[1000 Schulplätze hängen in der Luft](#)

### BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.](#)  
[Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009](#)  
[Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009](#)  
[Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich](#)  
[Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu](#)

### BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)  
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

### BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

## KÄRNTEN

Meldungen:

[SPÖ Prettner: Familienreferent Dörfler muss jetzt ausreichend Betreuungsplätze ...](#)  
[LH Dörfler: Kärntens Familienpolitik ist am richtigen Weg](#)  
[LHStv. Scheuch: Kürzungen bei Bildung haben nachhaltig negative Auswirkungen](#)  
[SPÖ Kaiser: FPK Scheuch als "Oberlehrer" völlig fehl am Platz](#)

## NIEDERÖSTERREICH

Meldungen:

[Einheitliche Standards für Kindergärten – in NÖ seit einem Jahr](#)

## OBERÖSTERREICH

Meldungen: keine

## SALZBURG

Meldungen: keine

## STEIERMARK

Meldungen: keine

## TIROL

Meldungen: keine

## VORARLBERG

Meldungen:

[LR Stemer: Was vereinbart ist, ist einzuhalten](#)  
[Gemeindefinanzstatistik der Vorarlberger Gemeinden](#)

## WIEN

Meldungen:

[Heinisch-Hosek/ Oxonitsch: Bundes-Mittel für Ausbau der Kinderbetreuung verlängern!](#)  
[Marek: Oxonitsch gesteht Defizite bei Kinderbetreuung ein](#)  
[SP-Krotsch: Kinderbetreuung - Marek stiehlt sich aus Verantwortung!](#)  
[Hat Wien ausreichend Plätze und Personal?](#)

## FAMILIENPOLITIK

[HeinischHosek weiter gegen gemeinsame Obsorge Familienpolitik ...](#)

## INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Menschenrechtspolitisches Entwicklungsland Österreich...](#)

## JUGENDWOHLFAHRT

[Einführung des Kinderbestandes](#)

## KINDERBETREUUNG

[Frauenministerin Heinisch-Hosek: Jeder Euro, der in Kinderbetreuung investiert wird, hat dreifachen Effekt](#)

[BZÖ-Haubner: Bundeszuschuss für Kinderbetreuung muss verlängert und ausgebaut werden](#)

[Musiol: Bundeszuschuss zur Kinderbetreuung muss fortgesetzt werden](#)

[Kinderbetreuung: "Vielleicht hat Pröll noch Geld übrig"](#)

[Ministerin sucht 60 Millionen](#)

[➔ Alle 18 Artikel »](#)

## KINDERGARTEN

[Wo Deutsch in Kindergärten nicht Pflicht ist](#)

## KINDERRECHTE

[Verfassungsrang für Kinderrechte: Weitere Gespräche ab September](#)

[Roma-Kinder Ausbruch aus dem Teufelskreis](#)

## SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Der Dialekt als Hindernis beim Deutschlernen](#)

[Netzwerk SprachenRechte](#)

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[Bertelsmann Stiftung sucht eine/n Projektmanager/in Frühkindliche Bildung für das Projekt KECK](#)

## VORSCHULE

[Eine Klasse für "die Ausländer"](#)

[Über 5.000 außerordentliche SchülerInnen in Wien](#)  
[Arbeitslose Jugendliche als "Pulverfass"](#)  
[ÖVP: außerordentlicher Unterricht "eine Belastung"](#)  
[Stadt Wien mit "integrativem Ansatz"](#)  
[Ruf einer "Tschuschenklasse"](#)

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Hinweis: Fachtagung „VON DER KINDERGARTENTANTE ZUM BACHELOR OF EDUCATION“](#)

## SONSTIGES

[Buch "Grundwissen Elementarpädagogik"](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

**MEINUNG**

Pädagogische Psychologie

Sektion

Luise Hollerer

Dr.

Berufsverband Österreichischer **PsychologInnen**

luise.hollerer@aon.at

0043 - 676 - 47 75 328

**Bildungsrahmenplan für 5-jährige: Kinder gleichbügeln?**

Wenn Bildungsrahmenpläne im Kindergarten auf Altersstufen verengt werden, ist die Botschaft fatal: Ein Plan für 5-6-jährige legt nahe, dass alle auf ein Leistungsziel vor Schuleintritt hingeführt werden sollen\*.

Hard facts der Psychologie und Neurowissenschaften zeigen die große Entwicklungsbandbreite der Kinder vor dem 10. Lebensjahr auf. Da gibt es 4-jährige, die bereits lesen oder 6-jährige, die noch nicht zählen können.

In diesem Alter darf es keinen Auftrag zu gleichen Anforderungen geben.

Da brauchen wir Entwicklungs Offenheit: Sonst gehen frühe Begabungen verloren und Spätentwickler kommen unter enormen Druck.

Hier gibt es einen Auftrag an Eltern und PädagogInnen: beobachten, im Austausch bleiben und kindliche Entwicklung individuell begleiten und fördern.

**Hier gibt es einen Auftrag an die Politik: Nicht planmäßig gleichbügeln sondern Eltern und Personal entwicklungspsychologisch schulen!**

-

Backgroundinfo:

Ein Bildungsrahmenplan für den gesamten Kindergartenbereich wurde von allen Bundesländern im Vorjahr unterzeichnet (§ 15a Vereinbarung).

Nun wurde ein Bildungsrahmenplan für ein Alterssegment herausgegeben: 5-6-jährige

**TOP-THEMA****Was die Fünfjährigen lernen sollen - Bildungsplan für Kindergartenjahr vorgelegt**

Wie Fünfjährige im Kindergarten auf die Volksschule vorbereitet werden, hängt stark vom jeweiligen Kindergarten ab. Das soll sich künftig ändern: Familienstaatssekretärin Christine Marek (ÖVP) legt nun einen Bildungsplan für die Fünfjährigen vor, der in den kommenden Tagen an die Länder verschickt wird.

**Kein Lehrplan im herkömmlichen Sinn**

Rechtzeitig vor Inkrafttreten des verpflichtenden Kindergartenjahres ab Herbst soll klarer sein, was Fünfjährige vor dem Schuleintritt lernen sollen. Doch eines gleich vorweg: Ein Lehrplan im herkömmlichen Sinn ist der Bildungsplan für die Fünfjährigen nicht. Es steht nicht drinnen, ob die angehenden Volksschüler schon die Buchstaben oder die Zahlen können müssen. Auch Qualitätskriterien wie Gruppengrößen oder Öffnungszeiten sind nicht darin enthalten.

**Auf Volksschule vorbereiten**

Vielmehr soll der Bildungsplan eine Anleitung für die Kindergarten-Pädagoginnen und -Pädagogen liefern, wie die Kinder im letzten Kindergartenjahr besser gefördert werden können, sagt Familienstaatssekretärin Marek. Die Kinder sollen bestmöglich für den Einstieg in die Volksschule vorbereitet, "die Kompetenzen der Kinder optimal gestärkt" werden. Die Kindergartenpädagoginnen sollten damit zusätzliche Instrumente für ihre Bildungsarbeit bekommen

Ausgearbeitet wurde der Bildungsplan vom Charlotte Bühler-Institut in Wien, das auf praxisorientierte Kleinkindforschung spezialisiert ist. Und das Institut hat sechs Bildungsbereiche für die Kinder definiert. Da geht es um die Förderung sozialer Beziehungen, um Werte und Regeln in der Gesellschaft, um die Sprache, um Bewegung und Gesundheit, um Ästhetik und um Natur und Technik. Zahlreiche praxisnahe Beispiele im Bildungsplan sollen den Pädagoginnen helfen, die Kinder in diesen Bereichen zu fördern.

**Anleitung für den Alltag**

Ein Beispiel Mareks für den Bereich "Natur und Technik": Man möge im Alltag auf mathematische Aspekte achten, etwa beim Tischdecken, bei Mustern und Symmetrien auf Fassaden, oder "alle Möglichkeiten zum Zählen nützen im Alltag". Dazu gehöre auch der Umgang mit Geld.

**Verpflichtung der Bundesländer**

Der Bildungsplan für das letzte Kindergartenjahr ist derzeit im Druck und wird noch im August in die Länder an die einzelnen Betreuungseinrichtungen verschickt. Ab Beginn des neuen Kindergartenjahres, wenn also auch die Kindergartenpflicht für alle Fünfjährigen in allen Bundesländern endgültig in Kraft tritt, muss der Bildungsplan angewendet werden. Dazu sind alle Länder gemäß der sogenannten 15a-Vereinbarung verpflichtet.

**Steiermark: "unnötige Fleißaufgabe"**

Doch nicht überall herrscht Begeisterung. So ließ die Steiermark schon im Vorfeld wissen, man betrachte den Bildungsplan für die Fünfjährigen als unnötige Fleißaufgabe und man werde nichts zur Umsetzung beizutragen. Der Bildungsplan, den es schon für alle Kindergartenkinder gibt, reiche völlig aus.

## Steirische Weigerung "fast fahrlässig"

Familienstaatssekretärin Marek weist die Kritik zurück: Für die Fünfjährigen brauche es eine vertiefende, in allen Bundesländern einheitliche Bildung. Denn auch in der Volksschule werde nach einem gemeinsamen Lehrplan vorgegangen, so Marek. Die steirische Weigerung sei im Sinne der Kinder "fast fahrlässig". Und die Länder seien verpflichtet, ihre Anstrengungen zur Umsetzung des Bildungsplanes nachzuweisen. Und das werde man dann im Rahmen der Abrechnungen dann auch zu diskutieren haben, so Marek. Harte Sanktionen für Länder, die den Bildungsplan für die Fünfjährigen nicht umsetzen, sind zumindest derzeit allerdings noch nicht vorgesehen.

ORF- Mittagsjournal, 10.08.2010 Monika Feldner-Zimmermann

→ [Audio als mp3](#)

→ [als mp3](#)

---

→ [Alle 8 Artikel »](#)

---

## Österreichische Staatssekretärin Marek kündigt Bildungsplan für 5jährige an



alt="Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis">

Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis

**Namhafte ExpertInnen aus Wissenschaft, Trägern, Berufsvereinigungen sowie aus Praxis, Ausbildung und Fortbildung aus dem elementaren Bildungsbereich Österreichs bekunden massive Vorbehalte gegen einen eigenen Bildungsplan für 5-jährige: Es gibt seit einem Jahr einen BildungsRahmenPlan für Kindergärten!**

Im Auftrag des BM:UKK erarbeitete das Charlotte Bühler Institut - gemeinsam mit den für das Kindergartenwesen verantwortlichen ExpertInnen aus den Bundesländern - einen sogenannten BildungsRahmenPlan.

Dieser fordert in Abkehr vom traditionellen Bildungsverständnis dazu auf, den Blick auf das selbsttätige, eigenaktive Kind zu lenken und die pädagogische Arbeit an den einzelnen Kindern mit ihren unterschiedlichen Interessen, Begabungen und Bedürfnissen und an den individuellen Lernbiografien auszurichten.

**Gedrucktes Papier alleine verändert den Alltag im Kindergarten jedoch nicht. Es muss in vielen kleinen Schritten "zum Leben erweckt" werden.**

Die Umsetzung des BildungsRahmenPlanes erfordert, dass die PädagogInnen ihr bisheriges Rollenverständnis reflektieren und sich gegebenenfalls ergänzendes/ neues „Handwerkszeug“ aneignen.

Bildungsarbeit, die sich darauf reduziert, ausschließlich altersgemäße Bildungsangebote vorzubereiten und methodisch gut zu transportieren, muss in den Hintergrund treten.

Das erfordert Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote und vor allem exzellente und umfassende Unterstützungssysteme für die PädagogInnen, bedarf aber im Besonderen auch der Zeit für Diskussion und Reflexion – mit ALLEN angrenzenden Bildungsinstitutionen, Bildungsbereichen und Disziplinen und eines unmittelbaren, intensiven Handelns, das auf einen Entwicklungsprozess über mehrere Jahre hinweg ausgelegt ist!

In vielen Bundesländern wurden entsprechende Maßnahmen im vergangenen Jahr in Angriff genommen.

**Ein eigener Bildungsplan für 5-6jährige ist hinderlich und kontraproduktiv!**

Der kürzlich angekündigte - unter weitgehendem Ausschluss der Fachöffentlichkeit entstandene - zusätzliche Bildungsplan - wird erneut und unvermeidbar zur Überbetonung der Entwicklungsphase vor dem Schuleintritt führen.

Ein eigenständiger Bildungsplan suggeriert im Sinne von überholten linearen Kausalitäten und Strategien, dass es möglich ist, in einem Jahr mit 16-20 Stunden pro Woche, die Kinder gut auf die Schule vorzubereiten.

Es ist zu befürchten, dass mit seinem Erscheinen jene Meinung wieder verstärkt wird, dass die PädagogInnen die Kinder unter gleichen Voraussetzungen auf ein einheitliches Entwicklungsniveau bringen sollten. Wie die Bildungs-, Neurowissenschaften und Entwicklungspsychologie lehren, ist aber gerade eine solche – auf Homogenisierung der Gruppe abzielende Strategie – nicht möglich und hinsichtlich der zu erwartenden Erfolglosigkeit nicht erstrebenswert.

**Die Bundesregierung muss sich endlich entscheiden, welches Ministerium für den Kindergarten zuständig ist.**

So lange die Agenden des Kindergartens auf 2 Ministerien, 9 Bundesländer und tausenden von Gemeinden aufgeteilt sind, wird es weiterhin zu solchen unnötigen Doppelgleisigkeiten einerseits und Abschiebung von Zuständigkeiten andererseits kommen.

Wir brauchen eine Stelle mit dem Überblick über nationale Ziele und der entsprechenden Kompetenz für die Kooperation mit den Bundesländern. Das erfordert eine engagierte Abteilung mit entsprechenden finanziellen Mitteln. (In England sind dazu rund 300 Fachkräfte im zuständigen Ministerium, „Department for Education and Science“ tätig.)

Bezug:

- ORF- Mittagsjournal, 10.08.2010 von Monika Feldner-Zimmermann [oe1.orf.at/artikel/254350](http://oe1.orf.at/artikel/254350)
- Und einschlägige Meldungen in Österreichischen Tageszeitungen

Siehe auch:

- Kritik an „Lehrplan“ für den Kindergarten [www.kleinezeitung.at/steiermark/leibnitz/seqgauberg/23766...](http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leibnitz/seqgauberg/23766...)

BildungsRahmenPlan:

[www.plattform-educare.org/Bundeslaenderuebergreifender%20...](http://www.plattform-educare.org/Bundeslaenderuebergreifender%20...)

Heidemarie Lex-Nalis, Mag. Dr.

BAKIP-Dir. i. R., Koordinatorin Projekt Aus- und Weiterbildung der Plattform EduCare, Mitglied der Initiative Kindergartenpädagogik NEU

Telefon: +43 (664) 4634580 +43 (664) 4634580

E-Mail: [heide.lex-nalis@aon.at](mailto:heide.lex-nalis@aon.at)

Internet: [www.plattform-educare.org/mitgliederdetails2.htm#Lex-Nalis](http://www.plattform-educare.org/mitgliederdetails2.htm#Lex-Nalis)

Lehrbefähigung für musikalische Früherziehung, Lehrbefähigung für Praxis und Didaktik an BA für Kindergartenpädagogik, Soziologin, Pädagogin ([Mag.rer.soc.oec](http://Mag.rer.soc.oec)), Dr. phil.).

Beruflich tätig seit 1972 als Lehrerin an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik in Linz und Wien, an Fachhochschulen in Dortmund (Sozialarbeiter) und Bochum (Sozialpädagogen),

an der Lehranstalt für Heilpädagogische Berufe.

10 Jahre Direktorin an der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Wien 10,

Vortrags- und Fortbildungstätigkeit für Mitarbeiter/innen und Führungskräfte im Bildungs- und Sozialbereich.

### **Bildungsplan: Keine Umsetzung in Steiermark**

**In der Steiermark soll der so genannte Bildungsplan für Fünfjährige des Bundes nicht umgesetzt werden. Dieser würde den Kindergarten zur Schule machen, so Bildungslandesrätin Elisabeth Grossmann (SPÖ).**

"Falsches System"

In der Steiermark fühlt man sich vom Bund überrollt: Vor einem Jahr wurde auf den österreichweiten so genannten "Bildungsrahmenplan" für Kinder von drei bis sechs Jahren umgestellt.

Jetzt soll man innerhalb weniger Wochen wieder alles umwerfen und noch dazu auf ein System, das man für falsch hält, so Landesrätin Elisabeth Grossmann.

Grossmann gegen neuen Plan

Grossmann spricht sich deshalb entschieden gegen den neuen Plan des Bundes aus und wird ihn in der Steiermark auch nicht umsetzen: "Ich habe dieses Modul von zwei Hochschulprofessorinnen prüfen lassen, und die haben ein vernichtendes Urteil abgegeben und dringend davor gewarnt, das umzusetzen. Der Kindergarten würde sich in Richtung Schule entwickeln, und man würde ja den Kindern so doch ein Stück ihrer Kindheit wegnehmen."

Bund hätte Vereinbarung gebrochen

Noch nicht geklärt ist die Frage, ob die Steiermark den Plan nicht doch umsetzen muss, da es eine entsprechende Vereinbarung mit dem Bund gibt.

Doch Grossmann verneint: "Es war bei den Verhandlungen zum Bildungsrahmenplan vorgesehen, dass ein eigenes Modul mit den Ländern vereinbart wird, und jetzt ist es so, dass die Familienstaatssekretärin den Ländern so einen eigenständigen Plan diktiert. Also in Wahrheit hat hier der Bund die 15a-Vereinbarung gebrochen und nicht das Land."

Genügend Kindergartenplätze vorhanden

Ab Herbst müssen alle Fünfjährigen verpflichtend den Kindergarten besuchen. Sorgen um Kindergartenplätze muss man sich laut Grossmann in der Steiermark keine machen, es wären genügend Plätze vorhanden.

<http://steiermark.orf.at/stories/462084/>

### **Steiermark will Bildungsplan nicht umsetzen**

**Die Steiermark kritisiert den neuen Bildungsplan von Familienstaatssekretärin Christine Marek für fünfjährige Kindergartenkinder und will diesen nicht umsetzen. Dies sei eine "unnötige Fleißaufgabe" und man werde "nichts tun, um dazu beizutragen".**

Fünfjährige Kindergartenkinder sollen ab Herbst österreichweit einheitlich auf den Schuleintritt vorbereitet werden. Rechtzeitig zum neuen Kindergartenjahr ergeht ein entsprechender Bildungsplan in den nächsten Tagen an alle Einrichtungen. Ziel sei es, die Kinder bestmöglich auf die Schule vorzubereiten, erklärte Familienstaatssekretärin Christine Marek (V).

Etwas bissig reagiert man im Süden auf das für Herbst geplante Extra-Modul für Fünfjährige, das auch Bestandteil der entsprechenden 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist: Dieses sei eine "unnötige Fleißaufgabe" und man werde "nichts tun, um dazu beizutragen", meinte Grossmanns Sprecher, der Bildungsrahmenplan reiche völlig aus. Der im vergangenen Jahr präsentierte bundesländerübergreifende Bildungsrahmenplan für Kinderbetreuungseinrichtungen wird von den meisten Ländern bereits verwendet. In Tirol wurde er Ende Juni im neuen Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz verankert, in Salzburg erfolgt die Anwendung ebenfalls ab Herbst. In der Steiermark habe es vergangenes Jahr schon entsprechende Fortbildungen gegeben, nach dem Kindergartenjahr 2010/2011 soll der Plan grundsätzlich implementiert sein.

#### **Reaktion von Heinisch-Hosek**

Dass der neue bundeseinheitliche Bildungsplan für Fünfjährige in der Steiermark als "unnötige Fleißaufgabe" gesehen wird und angekündigt wurde, man werde "nichts tun, um dazu beizutragen", stößt bei Heinisch-Hosek übrigens nicht auf Unverständnis. Sie verstehe, dass man in der Steiermark den vergangenen Jahr präsentierten Bildungsrahmenplan für 0- bis 6-Jährige weiterführen wolle, vielleicht passe der zusätzliche für das Land nicht ins "Gesamtkonzept", meinte sie auf eine entsprechende Frage. Ein "Wehrmutstropfen" des Bildungsplans für Fünfjährige sei, dass er erst jetzt und damit knapp vor Beginn des verpflichtenden Kindergartenjahrs verschickt werde.

#### **Oxonitsch: Wien hat seit Jahren Bildungsplan**

Wien verwende schon seit Jahren einen Bildungsplan in der Kinderbetreuung, erklärte Oxonitsch. Er verstehe die Steiermark dahingehend, weil erst im Vorjahr mit dem Bildungsrahmenplan begonnen wurde und nun so knapp ein neuer komme.

#### **Eisel-Eiselsberg verwundert**

Bildungsstadtrat Eisel-Eiselsberg versteht die Ablehnung der Landesrätin Grossmann hingegen nicht. "Der Bildungsplan sieht kein verschultes System vor. Kinder sollen im Alltag gefördert werden. Dieses 'Handbuch' ist für die Pädagoginnen und Pädagogen gedacht zur Unterstützung der Fünfjährigen, er umfasst eine Auflistung von Möglichkeiten. Dies hat nichts mit einer Verschulung des Kindergartens zu tun", so Eisel-Eiselsberg.

In Graz hat man keine Probleme mit der Umsetzung des Bildungsprogramms und zeigt sich überrascht über Landesrätin Grossmann: "Landeshauptmann Voves unterzeichnet die Vereinbarung, wie alle anderen Landeshauptleute in Österreich, holt sich auch das Geld vom Bund und seine zuständige, eigene Landesrätin Grossmann ist gegen den Bildungsplan", zeigt sich Eisel-Eiselsberg verwundert.

<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2442696/steiermark-will-bildungsplan-nicht-umsetzen.story>

**Weiteres Pochen der Frauenministerin**  
[dieStandard.at](#)

Dass der neue bundeseinheitlichen Bildungsplan für Fünfjährige in der Steiermark als "unnötige Fleißaufgabe" gesehen wird und angekündigt wurde, ...

**Bildungsplan auch unter Experten/innen umstritten**  
[Live-PR.com \(Pressemitteilung\)](#)

Ein eigener Bildungsplan für 5-6jährige ist hinderlich und kontraproduktiv! Der kürzlich angekündigte - unter weitgehendem Ausschluss der Fachöffentlichkeit ...

**BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK**

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's

**1000 Schulplätze hängen in der Luft**  
[Kurier](#)

... Lehranstalt für Mode- und Bekleidungstechnik (HLM) sowie in der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) die Rollbalken nach unten lassen. ...

**BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG**

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtätig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Bundesländerübergreifender BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich - Endfassung, August 2009

Bildungsplan-Anteil zur sprachlichen Förderung in elementaren Bildungseinrichtungen Aktualisierte Version, Juni 2009

Bildungspläne für Elementarpädagogische Einrichtungen in Österreich

Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe vom 18.12.2009 zur PädagogInnen-Ausbildung Neu

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

**BURGENLAND**



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

Meldungen: keine

**KÄRNTEN**



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

---

**Meldungen:****SPÖ Prettner: Familienreferent Dörfler muss jetzt ausreichend Betreuungsplätze ...**

APA OTS (Pressemitteilung)

Utl.: Auch wenn die Geburtenzahl in Kärnten glücklicherweise gestiegen ist, prognostiziert die Statistik Austria für Kärnten einen Bevölkerungsrückgang. ...

---

**LH Dörfler: Kärntens Familienpolitik ist am richtigen Weg**

APA OTS (Pressemitteilung)

Klagenfurt (OTS/LPD) - Große Freude herrscht bei Familien- und Kinderreferent Landeshauptmann Gerhard Dörfler über die heute, Mittwoch, von der Statistik ...

---

**LHStv. Scheuch: Kürzungen bei Bildung haben nachhaltig negative Auswirkungen**

APA OTS (Pressemitteilung) - 10.08.2010

"Wer unseren Aufwendungen für die Bildung kritisiert, hat offenbar andere Prioritäten. Im Sinne einer guten und individuellen Ausbildung unserer Kinder

---

**SPÖ Kaiser: FPK Scheuch als "Oberlehrer" völlig fehl am Platz**

APA OTS (Pressemitteilung) Seine Aussagen und Forderungen, das Thema Bildung zur Gänze weg vom Bund hin zu den Ländern zu verlagern sind nicht nur völlig widersinnig sondern sollen ...

---

---

**NIEDERÖSTERREICH**Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

---

**Meldungen:**

Einheitliche Standards für Kindergärten – in NÖ seit einem Jahr

[ORF.at](http://ORF.at)

Der neue Bildungsplan soll die Betreuung der Fünfjährigen in ganz Österreich vereinheitlichen. In NÖ gibt es einen derartigen Plan bereits seit einem Jahr. ...

---

**OBERÖSTERREICH**Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

**SALZBURG**Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

**STEIERMARK**Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

---

**Meldungen: keine**

---

**TIROL**Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

**Meldungen: keine**

---

**VORARLBERG**Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

**Meldungen:**

**LR Stemer: Was vereinbart ist, ist einzuhalten**

APA OTS (Pressemitteilung) - 11.08.2010

Dazu kommen weitere Maßnahmen wie der Einsatz von Stützlehrerinnen und -lehrern, Ressourcen für zusätzliche Sprachförderung, Beratungs- sowie ...

**Gemeindefinanzstatistik der Vorarlberger Gemeinden**

→

[http://www.vorarlberg.gv.at/vorarlberg/geschichte\\_statistik/statistik/landesstatistik/weitereinformationen/newsletter/gemeindefinanzsta](http://www.vorarlberg.gv.at/vorarlberg/geschichte_statistik/statistik/landesstatistik/weitereinformationen/newsletter/gemeindefinanzsta)

**WIEN**

Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

**Meldungen:****Heinisch-Hosek/ Oxonitsch: Bundes-Mittel für Ausbau der Kinderbetreuung verlängern!**

Utl.: Kinderbetreuung ist Jobmotor, jeder investierte Euro bringt der Volkswirtschaft zwei Euro =

Wien (OTS) - "Durch die Investitionen des Bundes sind in den letzten zwei Jahren österreichweit 17.000 neue Kinderbetreuungsplätze und 6.000 neue Jobs entstanden", betonten heute Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch im Rahmen einer Pressekonferenz im Kindergarten am neuen Bildungscampus Gertrude Fröhlich-Sandner. "Die positive Bilanz zeigt, dass es wirtschaftlich Sinn macht, wenn der Bund und die Bundesländer Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Deshalb ist es auch dringend notwendig, dass der Bund die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung über das Jahr 2010 verlängert!"

**Zwtl.: Die derzeitige Förderung des Bundes**

Zwischen 2008 und 2010 gab es vom Bund für den Ausbau der Kinderbetreuung eine jährliche Förderung von 15 Millionen Euro. Diese 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern endet mit dem Jahr 2010. Konkret wurden für einen neuen Kinderbetreuungsplatz bis zu 4000 Euro bereit gestellt, wenn das jeweilige Bundesland seinerseits ebenfalls Geld investierte.

Grundsätzlich sollen mit der Förderung zusätzliche Kinderbetreuungsplätze in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für 0-3 Jährige geschaffen werden. Bis zu 25 Prozent der Mittel können für zusätzliche Betreuungsplätze von 3-6jährigen in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen und bis zu 50 Prozent der Mittel für die Neuausbildung von Tageseltern verwendet werden. "Manche Bundesländer haben das verfügbare Geld für die vergangenen zwei Jahre wegen Engpässen bei der Ausbildung der PädagogInnen und aufgrund baulicher Engpässe noch nicht zur Gänze verwendet. Allerdings versichern alle Bundesländer, dass sie das Geld in jedem Fall für den Ausbau der Betreuungsplätze benötigen", betont Ministerin Heinisch-Hosek.

**Zwtl.: Warum der Ausbau der Kinderbetreuung mit Bundesmitteln fortgesetzt werden muss**

Investitionen in die Kinderbetreuung rechnen sich doppelt: Es entstehen neue Arbeitsplätze - vor allem für Frauen - und gleichzeitig investieren wir in die Zukunft unserer Kinder. "In kaum einem anderen Bereich entstehen so viele neue Jobs", so Heinisch-Hosek und Oxonitsch. "Jeder investierte Euro bringt der Volkswirtschaft zwei Euro! Die jährlichen 15 Millionen Euro an Bundesgelder bedeuten einen Effekt von 30 Millionen Euro für die Volkswirtschaft."

Durch die Einführung des einkommensabhängigen Kindergeldes wird der Bedarf an Betreuungsplätzen für die Kleinsten und der Druck der Eltern dahingehend deutlich steigen. Denn 45 Prozent der Eltern, die derzeit Kindergeld beziehen, brauchen nach spätestens zwei Jahren einen Betreuungsplatz für ihr Kind. 15 Prozent der Eltern, die Kindergeld beziehen, brauchen schon nach einem Jahr einen Krippenplatz. Derzeit kann im Österreich-Schnitt allerdings nur jedem 6. Kind unter drei Jahren ein Platz angeboten werden.

"Die Investitionen machen auch gesellschaftspolitisch Sinn. Denn damit Beruf und Familie für Frauen und Männer gut miteinander zu vereinbaren sind, braucht es ein dichtes Betreuungsnetz", so Henisch-Hosek.

**Zwtl.: Breiter Konsens für weiteren Ausbau trotz Sparkurs**

Trotz der angespannten budgetären Situation und des bevorstehenden Sparkurses gibt es in Österreich einen breiten Konsens darüber, die

Bundsgelder für den Ausbau der Kinderbetreuung auch nach dem Jahr 2010 weiter zur Verfügung zu stellen: Sowohl die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung wie auch die Bundesländer mit ihrem Beschluss in der LandesfamilienreferentInnenkonferenz vom 18. Juni unterstützen die Bemühungen der Frauenministerin.

#### **Zwtl.: Vorschläge zur Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung**

Dennoch sollte frisches Geld in die Hand genommen werden: "Falls dies mit dem Koalitionspartner nicht zu vereinbaren ist, könnte ein WIFO-Vorschlag zur Gegenfinanzierung aufgegriffen werden", so Heinisch-Hosek. "Der Alleinverdienerabsetzbetrag für Paare, die keine Kinder - mehr - betreuen, könnte gestrichen werden." Härtefälle müssten selbstverständlich ausgenommen werden. Laut Berechnungen des WIFO könnten so 60 Millionen Euro lukriert werden. "Dieses Geld könnte in die Kinderbetreuung fließen. Damit könnte die Finanzierung des Bundes bis zum Ende der Legislaturperiode fortgesetzt werden!" Für die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages für Paare, die keine Kinder (mehr) betreuen und die Umschichtung in den Ausbau der Kinderbetreuung macht sich auch die Industriellenvereinigung stark.

Damit die Länder in Zukunft beim Ausbau schneller vorankommen, sollte laut Heinisch-Hosek die Bundesförderung zusätzlich zu den bestehenden Kriterien neben der Errichtung von Betreuungseinrichtungen auch für die Ausbildung der PädagogInnen verwendet werden. So könnten Engpässe bei der Ausbildung vermieden werden.

#### **Zwtl.: Vorbild Wien: Boom bei Ausbildung und neue Plätze**

Wien ist eines der Bundesländer, das die Förderungen von Bundesseite zur Gänze verwendet hat und den Ausbau der Betreuungsplätze massiv vorangetrieben hat: Durch den laufenden intensiven Ausbau bei den 0-3 Jährigen nähert sich Wien Ende des Jahres auch dem "Barcelona-Ziel", einem Versorgungsgrad von über 30 Prozent bei den 0 bis 3-Jährigen: "Da bei den Kindern unter einem Jahr kaum Bedarf vorhanden ist, stehen der Großteil der Krippenplätze vor allem den 1- bis 3-Jährigen zur Verfügung. Wien hat hier bereits einen Versorgungsgrad von über 42 Prozent!"

Der Anteil Wiens an der Bundesförderung beträgt pro Jahr maximal 3,11 Mio Euro - für 2008, 2009 und 2010 hat Wien die insgesamt 9,33 Mio Euro Bundesanteil voll ausgeschöpft, investiert aber auch selbst intensiv in den Kindergartenausbau. "Die Ausgabenprognose für 2010 beläuft sich auf mehr als 14 Millionen Euro - somit investiert Wien aus eigenen Mitteln heuer 10,8 Mio Euro in den Kindergartenausbau!" 2011 werde Wien insgesamt 6.500 neu Plätze seit Jahresbeginn 2009 geschaffen haben.

Um personelle Engpässe abzufangen, hat Wien - derzeit als einziges Bundesland - bereits vor zwei Jahren auch zusätzliche Ausbildungswege ins Leben gerufen: Mit den Programmen "Change" und "Pick up" können sich zum Beispiel QuereinsteigerInnen, WiedereinsteigerInnen und AssistentInnen in Kindergärten zu KindergartenpädagogInnen qualifizieren. Und die neuen Ausbildungsschienen boomen: Im kommenden Schuljahr werden im Herbst und Februar insgesamt 136 weitere Studierende mit den Lehrgängen "Change" und "Pick up" an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik der Stadt Wien beginnen: Derzeit besuchen 405 Studierende, davon 26 Männer, eines dieser Kollegs.

#### **Zwtl.: Sprachliche Frühförderung wichtiger Aspekt im Kindergarten**

Ein weiterer Bereich der 15a Vereinbarung, der auch heuer ausläuft, ist die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Länder erhalten jährlich 5 Mio. Euro für die frühe sprachliche Förderung im Kindergarten, Wien erhält jährlich 1,735 Mio Euro. "Derzeit haben wir für die Sprachförderung in privaten und städtischen Einrichtungen über 60 KollegInnen mit dieser fachlichen Qualifikation. Diese PädagogInnen werden zusätzlich in den Kindergärten eingesetzt und fördern die Kinder in Kleingruppen", betont Christian Oxonitsch. "Diese Förderung läuft in Wien sehr erfolgreich, es wäre dringend notwendig, sie über 2010 hinaus zu verlängern!"

#### **Zwtl.: Einheitliche Mindeststandards an die Bundesförderung koppeln**

"Wenn die Bundesförderung von jährlich 15 Millionen Euro auch in den kommenden Jahren ausgeschüttet wird, könnte angedacht werden, dieses Geld an die Einhaltung von einheitlichen Mindeststandards in ganz Österreich zu koppeln", betont die Ministerin. "Denn es ist nicht einzusehen, wieso Eltern am Bodensee andere Bedingungen bei der Kinderbetreuung vorfinden wie Eltern am Neusiedlersee. Jedem Kind sollten gleiche Bedingungen und Fördermöglichkeiten in ganz Österreich zur Verfügung gestellt werden."

#### **Zwtl.: Kindergarten Campus Gertrude Fröhlich-Sandner**

Inmitten des neuen Stadtteils im 2. Bezirk, direkt am

Rudolf-Bednar-Park, entsteht derzeit auf einer Fläche von etwa 14.000 Quadratmetern ein Bildungscampus der Stadt Wien mit Ganztagsvolksschule und Kindergarten. Das Projekt wurde im Rahmen eines Public Private Partnership gemeinsam von der Stadt Wien und einem Konsortium aus "PORR Solutions Immobilien- und Infrastrukturprojekte GmbH" und "Bank Austria Real Invest GmbH" maßgeschneidert entwickelt und geplant.

Der Bildungscampus Gertrude Fröhlich-Sandner vereint eine 17-klassige Ganztagsvolksschule, sowie einen Kindergarten "unter einem Dach" und wird damit zu einer gemeinsamen Bildungseinrichtung für 0 bis 10-Jährige. Bis zu 80 pädagogische MitarbeiterInnen werden hier ihren Arbeitsplatz finden. Der Kindergarten- und Schulbetrieb soll im Herbst 2010 aufgenommen werden.

Der Kindergarten umfasst elf Gruppen inklusive einem Mehrzweckraum): Zwei Krippen 0- bis 3-Jährige, sechs Familiengruppen für 0- bis 6-Jährige und zwei Integrationskindergartengruppe für 3- bis 6-Jährige. Somit stehen insgesamt 220 Betreuungsplätze im Kindergartenbereich zur Verfügung.

Die weitläufigen Außenanlagen und die Dachterrasse werden gemeinsam von Schul- und Kindergartenkindern genutzt.

Der Schul- und Kindergartenbetrieb startet am 6. September 2010.

Rückfragehinweis:

Presse der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek  
Mag. Andrea Brunner  
Tel.: (01) 531 15 - 2323  
<mailto:andrea.brunner@bka.gv.at>

Mag.a Michaela Zlamal  
Mediensprecherin Stadtrat Christian Oxonitsch  
Tel.: +43 1 4000-81930  
<mailto:michaela.zlamal@wien.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

### **Marek: Oxonitsch gesteht Defizite bei Kinderbetreuung ein**

Utl.: Im Herbst droht tausenden Wiener Eltern ein Betreuungschaos =

Wien (OTS) - "Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Tausende Wiener Eltern werden im Herbst das völlige Kindergarten-Chaos erleben", so Christine Marek, Landesparteiobfrau der ÖVP Wien, zum jüngsten Eingeständnis von Defiziten bei der Kinderbetreuung durch den zuständigen Stadtrat Christian Oxonitsch. "In bekannter SPÖ-Manier versucht er, sich aus der Verantwortung zu stehlen und vom hausgemachten Chaos in Sachen Kindergarten in Wien abzulenken. Da helfen auch keine von Frauenministerin Heinisch-Hosek assistierten Rufe nach mehr Geld vom Bund. Anders als bei der Kinderbetreuung ist die SPÖ darin ja Weltmeister."

Marek erinnerte daran, dass die Zuständigkeit für Kindergärten zu 100 Prozent Sache der Länder sei. "Das sollte eigentlich auch der zuständige Bildungsstadtrat Oxonitsch wissen. Statt plumpen Ablenkungsmanövern und haltlosen Unterstellungen in Sachen Abschaffung des Gratis-Kindergartens sollte er froh sein, dass die Bundesregierung trotz der wirtschaftlich angespannten Situation und der notwendigen Budgetkonsolidierung die Länder mit sehr viel Geld beim Ausbau der Kinderbetreuung unterstützt, weil uns das wichtig ist."

Die Defizite in Wien habe ausschließlich die SPÖ zu verantworten, denn "wer großspurig was ankündigt, ohne es vorher finanziell und personell auf solide Beine zu stellen, der darf sich nicht wundern, wenn es im Chaos endet". Marek erinnerte daran, dass der Bund von 2008 bis 2013 die Länder in Sachen Kinderbetreuung mit über 370 Millionen Euro unterstützt: "Von den jährlich 70 Millionen Euro an Bundesmitteln für den Kindergarten gehen alleine 13 Millionen in die Bundeshauptstadt. Das habe ich als Familienstaatssekretärin erreicht. Alleine diese Zahlen belegen, welche große Bedeutung die Bundesregierung der Kinderbetreuung zumisst." An den paktierten Mitteln und laufenden Verträgen werde von Seiten des Familienministeriums selbstverständlich auch nicht gerüttelt, so Marek abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP Wien - Pressestelle  
Tel.: (01) 515 43 - 940, Fax:(01) 515 43 - 929  
<mailto:presse@oevp-wien.at>  
<http://www.oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

### SP-Krotsch: Kinderbetreuung - Marek stiehlt sich aus Verantwortung!

Wien (OTS/SPW) - "Flächendeckende, flexible Kinderbetreuung ermöglicht nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt besonders Frauen im Berufsleben, sondern schafft auch neue Arbeitsplätze. Diese Fakten beweisen, wie wichtig der weitere Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist. Familienstaatssekretärin Marek muss daher einer Finanzierung über das Jahr 2010 hinaus zustimmen. Wenn sie jetzt ihre Verantwortung auf die Bundesländer und besonders auf Wien abschiebt, dann ist das nur ein plumper Versuch, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen! Das ist inakzeptabel und beweist einmal mehr, dass Frau Marek weiterhin nicht in Wien angekommen ist. Denn hier wird der stetige Ausbau sehr ernst genommen!", bekräftigte die Frauensekretärin der Wiener SPÖ, LABg. Nicole Krotsch am Mittwoch die Forderungen von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und des Wiener Bildungsstadtrats Christian Oxonitsch.\*\*\*\*

"Scheinbar ist der Ausbau der Kindergartenplätze in Wien für die Wiener VP-Chefin nicht unterstützenswert", betonte Krotsch und verwies in diesem Zusammenhang auf die Zustimmung der ÖVP im Wiener Gemeinderat für den Gratiskindergarten und den Ausbau der Plätze. "Hiermit bestätigt die Wiener VP-Chefin Marek wieder mal ihren scheinheiligen Zick-Zack-Kurs - leere, reaktionäre Worthülsen lassen sich eben nur schwer mit einem modernen Farbenkleid tarnen. Diesen Versuch werden auch die Wienerinnen und Wiener durchschauen!", stellte Krosch fest.

Eine Verlängerung der Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuung sei dringend notwendig, darauf habe Wien immer vehement hingewiesen: "Wien hat die Bundesmittel voll ausgeschöpft und wir warten bereits seit längerem dringend darauf, dass Marek die Mittel des Bundes in diesem Bereich über 2011 hinaus verlängert!"

Zudem sprechen die Zahlen laut Krotsch für sich: Wien habe mehr als die Hälfte aller Krippenplätze Österreichs, durch den laufenden intensiven Ausbau bei den 0-3 Jährigen nähert sich Wien Ende des Jahres auch dem "Barcelona-Ziel" - einem Versorgungsgrad von über 30 Prozent bei den 0 bis 3-Jährigen, bei den 1- bis 3-Jährigen hat Wien bereits jetzt einen Versorgungsgrad von über 42 Prozent, und bis Ende des Jahres wird Wien insgesamt 6.500 neue Plätze seit Jahresbeginn 2009 geschaffen haben. "Marek sollte sich einmal mit diesen Zahlen vertraut machen und nicht bloß mit billiger Polemik argumentieren. Denn fest steht, in Wien ist der Kindergarten bereits erste Bildungsinstanz und wird stetig ausgebaut, damit alle Kinder die besten Bildungschancen erhalten können!", schloss Krotsch. (Schluss)  
nk

Rückfragehinweis:  
Pressedienst der SPÖ Wien  
Tel.: +43 1 534 27/222  
<mailto:wien.presse@spoe.at>  
<http://www.wien.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/197/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

### Hat Wien ausreichend Plätze und Personal?

09.08.2010 | 18:27 | GERHARD BITZAN (Die Presse)

**Engpässe beim Personal: Während bei öffentlichen Kindergärten von einem kleinen Engpass gesprochen wird, werden die privaten Kindergartenbetreiber nervös. Viele Eltern sind jetzt mit Abweisungen konfrontiert.**

WIEN. Angehende Kindergartenpädagogen sind zur Zeit in einer angenehmen Lage: Kindergärtner können sich - im Gegensatz zu vielen anderen Branchen - die Jobs geradezu aussuchen. Während bei den öffentlichen Kindergärten, die in Wien knapp die Hälfte der Kindergartenplätze anbieten, nur von einem kleinen Engpass gesprochen wird, werden die großen privaten Kindergartenbetreiber langsam nervös.

„Wir haben noch offene Plätze für Pädagogen, gehen aber davon aus, dass bis Herbst alles besetzt sein wird“, sagt etwa Elmar Walter von den Katholischen Kindergärten. „Ich hätte aber noch gerne Sicherheiten für den Fall von Krankenständen.“

Ähnlich die Situation bei „Kinder in Wien“ (Kiwi): „Wir inserieren fast wöchentlich und haben noch viele offene Stellen“, sagt Kiwi-Geschäftsführerin Monika Riha. Da Kiwi mit zwei Pädagogen ohnehin das gesetzliche Soll übererfüllt, könne man bei personellen Engpässen flexibler sein, ohne es dass es zu Einschränkungen bei der Betreuung kommt.

Abzug nach Niederösterreich

Erschwerend für die personelle Situation in Wien sei auch, dass Niederösterreich, das seine Kindergärten massiv ausbaut, nach wie vor

Pädagogen aus Wien abziehe.

Riha, die auch Wiener VP-Gemeinderätin ist, ärgert besonders, dass die Stadtregierung dieses Problem erst so spät erkannt hat. „Stadtrat Oxonitsch betont immer wieder, dass man alles tue, um das personelle Problem zu lösen. Aber die Maßnahmen wurden viel zu spät gesetzt.“ Die Absolventen von laufenden Kursen würden erst in drei Jahren einsetzbar sein. „Zu spät.“ Besonders im Visier hat die VP-Gemeinderätin Aussagen von Oxonitsch in einem Interview, das vergangenen Freitag in der „Presse“ erschienen ist. Darin hat Oxonitsch zwar Engpässe bei Personal und bei den Betreuungsplätzen angedeutet, zugleich aber davon gesprochen, dass dies nur bei den unter Dreijährigen, also bei den Krippen, der Fall sei. Die privaten Betreiber sind sich dagegen sicher, dass im September, wenn der verpflichtende Kindergarten eingeführt wird, ein Riesenloch klaffen wird. „In Wien werden nach unseren Berechnungen noch immer rund 8000 Kindergartenplätze und mindestens 200 bis 300 Pädagogen fehlen, um ein bedarfsgerechtes Angebot zu haben“, sagt Monika Riha. Bei Kiwi müsse man Kinder abweisen. Wenn Oxonitsch von weit weniger Bedarf rede, sei dies eine Vernebelungstaktik. Auch andere Betreiber müssen Kinder abweisen.

Keine konkreten Zahlen

Dass es großen Platzbedarf gebe, liest Gemeinderätin Riha auch aus einer Beantwortung einer entsprechenden VP-Anfrage heraus. Darin weiche der Stadtrat aus, was die Bekanntgabe von konkreten Zahlen betrifft. Dies bedeute, dass die Stadtregierung die Engpässe verschleiern wolle.

[http://diepresse.com/home/bildung/bildungallgemein/586553/index.do?direct=586554&vl\\_backlink=/home/index.do&selChannel=439](http://diepresse.com/home/bildung/bildungallgemein/586553/index.do?direct=586554&vl_backlink=/home/index.do&selChannel=439)

---

## FAMILIENPOLITIK

---

### **HeinischHosek weiter gegen gemeinsame Obsorge Familienpolitik ...**

Justizministerin Claudia Bandion-Ortner pocht auf Besserstellung für uneheliche Väter.

---



---

## INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

---

### **Menschenrechtspolitisches Entwicklungsland Österreich...**

...hat im Jahr 2008 die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Und nun? Ein Kommentar für die Zeitschrift "Gebärdensache 2/2010".

<http://www.bizeps.or.at/news.php?nr=11470>

---



---

## JUGENDWOHLFAHRT

---

### **Einführung des Kinderbeistandes**

Wien (bmj) - Bei einer Pressekonferenz zog Bundesministerin Claudia Bandion-Ortner erste Zwischenbilanz über die gesetzliche Einführung des Kinderbeistandes. Ihr zur Seite standen zwei Kinderbeistände, die aus der Praxis berichteten. Bandion-Ortner betonte, dass das Vorhaben Kinderbeistand auch im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der gemeinsamen Obsorge nach einer Scheidung zu sehen sei. Beides sei im Interesse der Kinder und daher ein Leitfadens ihrer Politik.

Jährlich sind rund 15.000 Minderjährige von der Trennung ihrer Eltern betroffen. Sie fühlen sich oft allein gelassen und fallweise sogar von den Eltern instrumentalisiert, berichtete Bandion-Ortner. Gerade deshalb habe man für Gerichte die Möglichkeit geschaffen, in eskalierten Obsorgestreitigkeiten einen Kinderbeistand zu bestellen. Dieser soll Minderjährigen in „eine Stimme geben“ und sie in die Lage versetzen, ihren Willen und ihre Wünsche in- und außerhalb des Gerichtsverfahrens sprachlich auszudrücken. Bandion-Ortner verwies in weiterer Folge auf ein vom Bundesministerium für Justiz organisiertes Modellprojekt, das von Experten des Institutes für Rechts- und Kriminalsoziologie wissenschaftlich begleitet wurde und bei dem allen involvierten Personen – Eltern, Kindern, Richtern und Sozialarbeitern der Jugendwohlfahrt – den Kinderbeistand als Unterstützung für die Kinder erlebt hatten.

### **Kinderbeistände sind im Einsatz**

Aktuell stehen in Österreich insgesamt 43 Kinderbeistände zur Verfügung (Wien 17/Burgenland 1/Kärnten 3 /Niederösterreich 8/Oberösterreich 1/Salzburg 6/Steiermark 2 / Tirol 1 und Vorarlberg 4), weitere 30 werden ab Ende September hinzukommen. In insgesamt 19 Fällen wurden bisher Kinderbeistände bestellt, die insgesamt 28 Kinder begleiten. Das betrifft neun Fälle in Wien (13 Kinder), einen Fall in Kärnten (2 Kinder) sechs Fälle in Niederösterreich (9 Kinder), einen Fall in Oberösterreich und je einen in Salzburg (1 Kind) und Tirol (2 Kinder).

### **Berichte aus der Praxis**

In weiterer Folge umriss Mag. Cäcilia Kasper-Pichler, die selbst als Kinderbeistand tätig ist, die Aufgaben: Der Kinderbeistand nehme für die betroffenen Kinder eine Entlastungs- und Sprachrohrfunktion wahr, diene aber auch dazu, die Kinder in ihrer Position zu stärken. Für die betroffenen Eltern habe er zweifelsohne auch eine „Aufrüttelungsfunktion“. Kasper-Pichler verwies auf die Tatsache, dass Kinder sehr ambivalente Wünsche hätten – diese kennen sie zwar, haben

aber oft Angst, sie auch zu formulieren: „Weil sie keinen Elternteil verletzen wollen.“ Die Einführung des Kinderbeistandes bezeichnete sie als „einzigartiges Projekt“.

Mag. Irina Posteiner, ebenfalls als Kinderbeistand tätig, berichtete in der Folge von einem (anonymisierten) Fallbeispiel: Der zwölfjährige Max habe während eines Verfahrens ihr gegenüber den Wunsch geäußert, beim Vater zu leben, weil er ihn in seiner derzeitigen Lebensphase sehr brauche. Gleichzeitig wolle er aber viel mit der Mutter zusammen sein, weil er diese ebenso „lieb habe“. Aus Angst, die Mutter zu verletzen hat sich Max nicht getraut, seinen Wunsch zu äußern. Letztendlich habe sie als Kinderbeistand eine Entlastung für Max bedeutet, weil die Eltern ob der Darstellung des Kindeswillens ihre bis dahin vorhandenen Verlustängste verloren haben. Dies habe sich auch im Verfahrensergebnis niedergeschlagen: Der Sohn wohnt nun beim Vater und hat regelmäßigen und intensiven Kontakt zur Mutter.

[http://www.oe-journal.at/index\\_up.htm?http://www.oe-journal.at/Aktuelles/2010/0810/W2/41108bmi.htm](http://www.oe-journal.at/index_up.htm?http://www.oe-journal.at/Aktuelles/2010/0810/W2/41108bmi.htm)

## KINDERBETREUUNG

### **Frauenministerin Heinisch-Hosek: Jeder Euro, der in Kinderbetreuung investiert wird, hat dreifachen Effekt**

Utl.: Trotz Sparkurs weiterhin Bundesmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung bereitstellen =

Wien (OTS) - "17.000 neue Kinderbetreuungsplätze und 6.000 neue Jobs sind in den letzten zwei Jahren österreichweit durch die Investitionen des Bundes entstanden", sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek heute bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. Diese positive Bilanz zeige, dass es auch wirtschaftlich Sinn mache, wenn Bund und Länder Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Zwischen 2008 und 2010 hat es dafür vom Bund jährlich 15 Millionen Euro gegeben.

"Es ist unbedingt notwendig, dass der Bund die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung auch über das Jahr 2010 hinaus bereit stellt", sagte Heinisch-Hosek heute. Denn jeder Euro, der in Kinderbetreuung investiert werde, habe einen dreifachen Effekt. "Erstens haben die Kinder etwas davon, zweitens haben Mütter und Väter was davon und drittens wirkt es sich auch auf die Wirtschaft positiv aus. Jeder Euro, den wir in die Kinderbetreuung investieren, kommt doppelt zurück. Das heißt, 15 Millionen Euro die pro Jahr investiert werden, bringen volkswirtschaftlich 30 Millionen", so Heinisch-Hosek.

"Trotz des Sparkurses sollte also frisches Geld in die Hand genommen werden - einfach deshalb, weil diese Investitionen auch ökonomisch Sinn machen", so Heinisch-Hosek. Falls dies mit dem Koalitionspartner nicht zu vereinbaren sei, könnte ein WIFO-Vorschlag zur Gegenfinanzierung aufgegriffen werden. Der Alleinverdienerabsetzbetrag für Paare, die keine Kinder (mehr) betreuen, könnte für die Kinderbetreuung umgewidmet werden. Härtefälle müssten selbstverständlich ausgenommen werden.

"Damit die Bundesländer in Zukunft beim Ausbau schneller vorankommen, sollte die Bundesförderung zusätzlich zu den bestehenden Kriterien auch für die Errichtung von Betreuungseinrichtungen und für die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen verwendet werden", so Heinisch-Hosek. Denn so könnten Engpässe bei der Ausbildung vermieden werden. Da könnte man sich das Wiener Modell der Kurzausbildungen für KindergartenpädagogInnen als Vorbild nehmen, so Heinisch-Hosek zum Schluss.

Rückfragehinweis:

Presse der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek  
Mag. Andrea Brunner  
Tel.: (01) 531 15 - 2323  
<mailto:andrea.brunner@bka.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/56/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

### **BZÖ-Haubner: Bundeszuschuss für Kinderbetreuung muss verlängert und ausgebaut werden**

Utl.: Bereits eingebrachter BZÖ-Antrag soll im Ausschuss am 14. September behandelt werden =

Wien (OTS) - BZÖ-Familiensprecherin NAbg. Ursula Haubner fordert die Verlängerung und den Ausbau des Bundeszuschusses für die Kinderbetreuung. "Das BZÖ hat bereits im Parlament beantragt, dass die Bundesregierung mit den Ländern in Verhandlung treten muss, um

eine Weiterführung der bestehenden 15a Vereinbarung zum Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zu treffen. Wir erwarten uns, dass dieser Antrag im parlamentarischen Familienausschuss am 14. September behandelt wird", so Haubner.

Haubner weist darauf hin, dass laut Statistik Austria in Österreich der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen bis zum sechsten Lebensjahr massiv ansteigt. Weiter ist durch eine Studie des Instituts für Bildungsforschung belegt, dass 25 Prozent der Kinder vor Schuleintritt mangelnde Deutschkenntnisse haben. "Kinder mit nicht deutscher Muttersprache ohne Kindergartenplatz sind besonders betroffen und haben Förderbedarf in Deutsch. Ziel muss es sein, dass alle Kinder vor Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen. Daher müssen die Mittel für ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden", betont die BZÖ-Familiensprecherin. Wenn der Bund weiter finanziert, solle dies auch mit einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz einhergehen. "Nur so kann sichergestellt werden, dass flächendeckend alle Vorschulkinder erfasst werden und die ursprünglich formulierten Ziele wie ausreichende Deutsch Kenntnisse und Erhöhung der Sprachkompetenz im allgemeinen auch vollständig erreicht werden", so Haubner.

Rückfragehinweis:  
Pressereferat Parlamentsklub des BZÖ

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100812\\_OTS0069/bzoe-haubner-bundeszuschuss-fuer-kinderbetreuung-muss-verlaengert-und-ausgebaut-werden](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100812_OTS0069/bzoe-haubner-bundeszuschuss-fuer-kinderbetreuung-muss-verlaengert-und-ausgebaut-werden)

### **Musiol: Bundeszuschuss zur Kinderbetreuung muss fortgesetzt werden**

Utl.: Leere Versprechungen der Regierungsparteien helfen Familien nicht weiter =

Wien (OTS) - Die Familiensprecherin der Grünen, Daniela Musiol, begrüßt die Aussage von Frauenministerin Heinisch-Hosek, dass der Bund die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung auch über das Jahr 2010 hinaus bereit stellen soll, zeigt sich aber skeptisch, ob den Aussagen auch Taten folgen werden. "Die Ministerin kann schon im Herbst zeigen, ob es ihr wirklich ernst ist, denn die Grünen haben bereits im Juli einen Antrag zur Fortsetzung des Bundeszuschusses eingebracht, der im September auf der Tagesordnung des Familienausschusses sein wird", erklärt Musiol und weiter: "Wir sind besonders gespannt, ob die SPÖ dem gewohnten Vertagungsreflex widerstehen und ihre heutigen Aussagen mit ihrem Abstimmungsverhalten unterstützen wird."

Musiol weist darauf hin, dass "es der völlig falsche Schritt wäre, die weitere Unterstützung von Bundesseite zum Ausbau der Kinderbetreuung künftig auf die Zahlung des Gratis-Kindergarten-Jahres zu beschränken. Das sind nämlich zwei Paar Schuhe. Der Ausbau der Kindergartenplätze ist das eine, das Gratis-Kindergartenjahr das andere", so Musiol, denn "wenn man nur mehr das Gratis-Kindergartenjahr fördert, passiert das, was wir in vielen Bundesländern erleben: unter 3-Jährige haben keinen Platz mehr, weil die 5-Jährigen die Plätze brauchen".

"Leere Versprechungen der Regierungsparteien helfen den Familien nicht weiter. Die Frauenministerin ist gefordert, auf ihre ParteikollegInnen einzuwirken und im Herbst den Weg für die Fortsetzung des Bundeszuschusses freizumachen", so Musiol.

Rückfragehinweis:  
Die Grünen  
Tel.: +43-1 40110-6697      +43-1 40110-6697  
[presse@gruene.at](mailto:presse@gruene.at)

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20100811\\_OTS0148/musiol-bundeszuschuss-zur-kinderbetreuung-muss-fortgesetzt-werden](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100811_OTS0148/musiol-bundeszuschuss-zur-kinderbetreuung-muss-fortgesetzt-werden)

### **Kinderbetreuung: "Vielleicht hat Pröll noch Geld übrig"**

[DiePresse.com](http://DiePresse.com)

Sie will weitere 60 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung. Wien (jn). Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) zeigt sich für die im ...

### **Ministerin sucht 60 Millionen**

[Wiener Zeitung](http://Wiener Zeitung)

(rel) Jene Länder, die zwischen 2008 und 2010 in den Ausbau institutioneller Kinderbetreuung investiert haben, erhalten vom Bund insgesamt 60 Millionen Euro ...

[→ Alle 18 Artikel »](#)

## **KINDERGARTEN**

[Wo Deutsch in Kindergärten nicht Pflicht ist](#)

DiePresse.com

In dieser Ausschreibung war auch noch die Rede von einem islamischen Kindergarten und einer konfessionellen Mädchenschule mit Mädchenhort gewesen. ...

---

## KINDERRECHTE

---

### **Verfassungsrang für Kinderrechte: Weitere Gespräche ab September**

Die Kinderrechte sollen in der Verfassung verankert werden. Wie die Ausgestaltung aber aussehen soll, ist derzeit noch unklar. Wien - Die Kinderrechte sollen in der Verfassung verankert werden - darin ist sich die Politik einig, bei der genauen Ausgestaltung spielt es sich allerdings und das seit Monaten.

Bei der letzten Verhandlungsrunde vor dem Sommer wurden weitere Gespräche vereinbart, diese sollen ab September fortgesetzt werden, hieß es von den Regierungsparteien gegenüber der APA. Um die Kinderrechte in den Verfassungsrang zu heben braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit, also die Zustimmung zumindest einer Oppositionspartei.

„Bei den letzten Gesprächen Anfang des Sommers gab es keine Ergebnisse. Es wurde deshalb vereinbart, im Herbst weiter zu diskutieren. Unser Ziel ist eine breite Diskussion“, es sollen deshalb auch Organisationen wie das Netzwerk Kinderrechte eingebunden werden, erklärte eine Sprecherin des SPÖ-Klubs.

Der Regierungsentwurf liegt zur Zeit im Verfassungsausschuss des Nationalrats und soll im Herbst neu angegangen werden, so auch die ÖVP. Inhaltlich sei noch „einiges“ zu klären, einen Termin für die Fortsetzung der Gespräche gebe es noch nicht.

Auf genau diesen warten allerdings die Oppositionsvertreter. „Wir sind jederzeit für Verhandlungen bereit“, erklärte die Freiheitliche Familiensprecherin Anneliese Kitzmüller.

Die FPÖ stellte allerdings die Bedingung, dass gemeinsam mit der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung auch die von ihnen geforderte verpflichtende gemeinsame Obsorge nach einer Scheidung kommt.

Das BZÖ wiederum will die Generationengerechtigkeit ebenfalls in der Verfassung verankert wissen. Die Grünen-Kinder- und Jugendsprecherin Tanja Windbüchler-Souschill möchte am Rande der nächsten Nationalratssitzung - entweder in einer von der Opposition geforderten Sondersitzung oder in der nächsten regulären Sitzung im September - das Gespräch mit den Kollegen suchen.

Die Kinderrechte hätten bereits im Dezember des Vorjahres im Nationalrat verabschiedet werden sollen - damals scheiterte die Verankerung in der Verfassung allerdings an der Blockade von Blau, Grün und Orange. Kitzmüller betonte gegenüber der APA, dass dies nichts mit der Zwei-Drittel-Blockade zu tun gehabt habe, aus sachlichen Gründen sei eine Zustimmung nicht möglich gewesen. (APA)

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Nachrichten/1120366-2/verfassungsrang-f%C3%BCr-kinderrechte-weitere-gespr%C3%A4che-ab-september.csp>

---

### **Roma-Kinder Ausbruch aus dem Teufelskreis**

[derStandard.at](http://www.derstandard.at)

Ihr Thema sind die Kinderrechte. "Wir haben lange darüber nachgedacht, ... Dann haben wir als roten Faden eben die Kinderrechte genommen", erklärt ...

---

## SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

---

### **Der Dialekt als Hindernis beim Deutschlernen**

**Wer in Kursen Deutsch gelernt hat, scheitert dennoch oft im täglichen Umgang mit Menschen, die Dialekt sprechen. Experten empfehlen daher die Einbeziehung regionaler Dialekte in die Ausbildung von Migranten.**

Deutsch gelernt und trotzdem nichts verstanden. Wer seine Deutschkenntnisse in einem Sprachkurs erworben hat, kann sich im besten Fall auf Hochdeutsch verständigen. Wenn aber von Blunzn (Blutwurst) oder Pleamle (kärntnerisch: Blume) die Rede ist, verstehen Absolventen oft nur Bahnhof. Denn Ortsdialekte werden in Sprachkursen meist nicht vermittelt.

Was auf den ersten Blick zweitrangig erscheint, kann, so Hans-Jürgen Krumm, Universitätsprofessor für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache am Germanistik-Institut Wien, für Migranten zu einem Problem werden. In den Kursen wird österreichisches Deutsch gelehrt, „aber außerhalb der Kurse hören Migranten je nach Region und Beruf eventuell überwiegend Dialekt“. Das verursache Verunsicherung.

Oftmals hätten Migranten, die schon mit Deutschkenntnissen nach Österreich kommen, Probleme, die Dialekte zu verstehen, weiß der Deutschlehrer am Campus Austria, Kurt Krottendorfer, nach 25 Jahren Lehrtätigkeit.

Bei Migranten, die im Unterricht nicht lernen, den örtlichen Dialekt zu verstehen, komme es zu einem Motivationsverlust, so Krumm. Für ein Deutsch, das für den Arbeitsplatz und im täglichen Umgang mit Menschen brauchbar ist, wäre daher die Einbeziehung von Dialekten sinnvoll.

Wienerisch oder Kärntnerisch im Deutschkurs? Dialekt lernen - ja, nein? Das sei zwar nicht in der Forschung, dafür in den Kursen selbst ein heißes Thema, meint Verena Plutzar, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache am Germanistik-Institut Wien.

„Deutsch ist eben nicht gleich Deutsch“, so Plutzar. Auch wer in einem Goethe-Institut im Ausland eine Deutschprüfung absolviert habe, müsse sich deshalb nicht zwangsläufig gut in Österreich verständigen können. Mit ein Grund, warum Sprachwissenschaftler und Praktiker Zweifel an der derzeitigen Praxis hegen.

Zur Erinnerung: Wie im Nationalen Aktionsplan Integration, der Anfang des Jahres im Nationalrat beschlossen wurde, festgeschrieben ist, müssen Zuwanderer künftig schon vor der Einreise Deutschkenntnisse nachweisen. Wer außerdem nach zwei Jahren (bisher fünf) nicht ausreichend (A2-Niveau) Deutsch kann, dem drohen eine Ausweisung bzw. erhebliche Nachteile im Aufenthaltsrecht. Wer mit dem Erlernen der Sprache gut vorankommt, soll Vergünstigungen erhalten.

Doch in der wieder neu entflammten öffentlichen Debatte um eine Verschärfung der Integrationsvereinbarungen kamen Praktiker und Sprachwissenschaftler bisher kaum zu Wort. Darüber, dass die Verschärfungen unsinnig seien, gebe es relativ breiten Konsens und zum

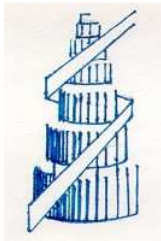
Teil auch deutliche Worte. „Die Frage ist nur, wer das hören will“, meint Plutzar.

#### Missverstandene Kritik

Als Reaktion auf die Einführung der Integrationsvereinbarung unter der schwarz-blauen Regierung wurde das „Netzwerk SprachenRechte“ gegründet – unter anderem auch von Plutzar. In ihrer Kritik fühlen sich die Sprachwissenschaftler aber häufig missverstanden. Wer auch immer Deutsch lernen wolle, solle die Freiheit dazu haben. „Der Knackpunkt ist der Zwang.“ Dass Deutschkenntnisse mit Aufenthaltsrechten verknüpft sind, sei „einfach untragbar“.

Zwang statt Freiwilligkeit. Sanktionen statt Anreize. Zudem werde keinerlei Rücksicht auf individuelle Lernprozesse und finanzielle Möglichkeiten der Betroffenen genommen, fasst Hans-Jürgen Krumm die zentralen Punkte der Kritiker zusammen. Durch das jetzige Modell, ergänzt Krottendorfer, „wird Integration nicht gefördert“.

<http://diepresse.com/home/panorama/integration/586796/index.do>



#### Netzwerk SprachenRechte

Das Netzwerk SprachenRechte wurde als Reaktion auf das Inkrafttreten der so genannten "Integrationsvereinbarung" von Verena Plutzar, Mario Rieder und Sebastian Schumacher im Jänner 2003 gegründet. Ziel war und ist die Vernetzung von VertreterInnen verschiedener Fachdisziplinen (SprachwissenschaftlerInnen, -didaktikerInnen, JuristInnen, PolitologInnen, DolmetscherInnen, etc) und Institutionen (Universität, NGOs, Sprachkursanbieter, Interessensvertretungen, etc), um einen regelmäßigen Informationsaustausch zu pflegen, interdisziplinäre Projekte zu verwirklichen und im öffentlichen Diskurs für die Wahrung von Sprachenrechten einzutreten

Das Netzwerk SprachenRechte besteht aus: > [mehr](#)

Das Netzwerk SprachenRechte setzt sich u. a. mit folgenden Themen auseinander:

- o Deutschkenntnisse im Fremdenrecht („Integrationsvereinbarung“, „Staatsbürgerschaftstest“)
- o Sprachförderung bei Kindern
- o Dolmetschen im Asylverfahren
- o Sprachanalysen
- o Verständlichkeit von Rechtsinformationen > [mehr](#)

#### Kontakt:

Netzwerk SprachenRechte  
Schiffamtsgasse 20/31  
1020 Wien

Internet: <http://www.sprachenrechte.at/>

## STELLENAUSSCHREIBUNGEN

### **Bertelsmann Stiftung sucht eine/n Projektmanager/in Frühkindliche Bildung für das Projekt KECK**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bertelsmann Stiftung sucht eine/n Projektmanager/in Frühkindliche Bildung für das Projekt KECK: Kommunale Entwicklung -- Chancen für Kinder.

Das angehängte Dokument „PM KECK“ kann sehr gerne ausgehängt oder elektronisch verschickt und veröffentlicht werden. Sollten Sie hierzu Fragen haben, beantworte ich diese sehr gerne auch im persönlichen Gespräch. Gleiches gilt natürlich auch für interessierte Bewerber/innen.

Ich bedanke mich schon einmal im Voraus.

Mit besten Grüßen  
Anette Stein

Anette Stein  
Director  
Programm Wirksame Bildungsinvestitionen

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh | Germany  
Telefon: +49 5241 81-81274 | Fax: +49 5241 81-681274 | Mobile: +49 173 7050039  
E-Mail: [anette.stein@bertelsmann-stiftung.de](mailto:anette.stein@bertelsmann-stiftung.de) | [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) | [www.wirksame-bildungsinvestitionen.de](http://www.wirksame-bildungsinvestitionen.de)

Die Bertelsmann Stiftung ist eine selbstständige Stiftung des privaten Rechtes im Sinne von Abschnitt 1 des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Gütersloh.  
Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Detmold.  
Stifter: Reinhard Mohn  
Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Dieter H. Vogel  
Vorstand: Dr. Gunter Thielen (Vors.), Liz Mohn (stv. Vors.), Dr. Jörg Dräger, Dr. Brigitte Mohn

## VORSCHULE

### **Eine Klasse für "die Ausländer"**

**Geht es nach der Wiener ÖVP, dann soll es bald eigene Vorschulklassen für schlecht deutschsprechende Kinder geben. Dies würde der Integration widersprechen, so ein Sprachwissenschaftler.**

Die ÖVP will eine Vorschulklasse für Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen - "Unsinn", sagt ein Sprachwissenschaftler "Reden wir über Bildung. Am besten auf Deutsch". Mit diesem Plakat eröffnete die Wiener ÖVP im Juni den Wahlkampf. Der Vorschlag dahinter: Eine eigene Vorschulklasse nur für jene Kinder, die vor der Schule mangelnde Deutschkenntnisse aufweisen. Die FPÖ hat diese Vorschule schon im Juni vergangenen Jahres gefordert. Für Sprachwissenschaftler Rudolf de Cillia ist die Idee "gesetzeswidrig".

"Man müsste dann auch ein Kind, das starken Vorarlberger Dialekt spricht, der als alemannischer Dialekt weit entfernt vom Hochdeutschen ist, in die Vorschule geben. Kinder können gesetzlich nicht aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen in die Vorschule geschickt werden. Die Schulreife bezieht sich auf motorische Fähigkeiten, auditive und visuelle Wahrnehmung und ähnliches", erklärt de Cillia im Gespräch mit derStandard.at, nicht jedoch auf die Beherrschung der Bildungssprache Deutsch. Er stützt sich mit dieser Argumentation auf eine Stellungnahme des Unterrichtsministeriums, die eine Beurteilung von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen als nicht schulreif für nicht zulässig erklärt.

### Über 5.000 außerordentliche SchülerInnen in Wien

In den Wiener Volksschulen haben 49 Prozent der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache. Das österreichische Unterrichtsgesetz sieht vor, dass jene Schüler und Schülerinnen, die nur schlecht Deutsch sprechen, außerordentlichen Deutschunterricht bekommen. In Wien sind das laut Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch (SPÖ) 5.600 Schüler.

### Arbeitslose Jugendliche als "Pulverfass"

Stadträtin Isabella Leeb (ÖVP) erklärt den Vorschlag ihrer Partei gegenüber derStandard.at so: "Wir haben jetzt eine ganze Generation verloren, die keine entsprechenden Möglichkeiten bekommen hat. Das schadet auch der Volkswirtschaft. Schlecht ausgebildete, arbeitslose Jugendliche sind ein Problem für die Sicherheit, das ist ein Pulverfass."

### ÖVP: außerordentlicher Unterricht "eine Belastung"

Im außerordentliche Unterricht sieht Leeb "für alle eine Belastung". "Der Unterricht richtet sich, wie man weiß, immer nach den Schwächsten", sagt sie. Da die elf Wochenstunden Deutschunterricht während des Regelunterrichts stattfinden, würden die außerordentlichen Schüler viel verpassen. Die mangelnden Deutschkenntnisse würden dazu führen, dass die Schüler "den Unterricht stören und Blödsinn machen". Im Deutschunterricht könnten die Kindern dann auch gleich etwas über die "Wiener Kultur" lernen, so der Vorschlag.

### Stadt Wien mit "integrativem Ansatz"

Bildungsstadtrat Oxonitsch kann diese Kritik nicht nachvollziehen. "Ich glaube die ÖVP hat da ein Informationsmanko", sagt der Sozialdemokrat. Im verpflichtenden Gratskindergartenjahr gebe es bereits ein Sprachscreening. "Die elf Stunden Sprachförderung in der Woche sind eine Bundesvorgabe, die wir nicht autonom entscheiden können". Zudem hätte die Stadt Wien hier einen "integrativen Ansatz". Die Kinder sollen auch im Klassenverband unterrichtet werden. Dies würde auch den Spracherwerb unterstützen. Alle Kinder, die im letzten Kindergartenjahr nicht die Schulreife erreichen, kommen in die Vorschule. Die grüne Bildungssprecherin Susanne Jerusalem kritisiert im Gespräch mit derStandard.at, dass viele dieser Kinder nur aufgrund von mangelnden Sprachkenntnissen in der Vorschule landen und die SPÖ Wien so das von der FPÖ vorgeschlagene Modell eigentlich bereits umgesetzt hat. Sie schlägt vor, dass der Kindergarten bei den Kindern mit Deutschdefiziten einfach um ein Jahr verlängert wird, damit sie durch das Vorschuljahr nicht "gebrandmarkt" sind.

### Ruf einer "Tschuschenklasse"

Auch der Sprachwissenschaftler hält die Isolierung der nicht deutschsprechenden Kinder für problematisch. "Das wäre so, als würde man eine extra Klasse für türkisch oder bosnisch/ kroatisch/ serbisch sprechende Kinder einführen. Diese Vorschulklasse würde dann bald den Ruf einer "Ausländerklasse" bekommen, oder als "Tschuschenklasse" bezeichnet werden. Das widerspricht dem Gedanken der Integration", so de Cillia.

"Keine Kastl für Deutsch, Türkisch und Englisch"

Neben der Isolierung von anderen Kindern ist der Vorschlag für de Cillia auch aus sprachwissenschaftlicher Perspektive Unsinn. "Kinder sollten möglichst bald die deutsche Sprache lernen, aber sich auch auf die Muttersprache stützen können", erklärt er. Prinzipiell sei der Spracherwerb "unteilbar". Das heißt, dass ein Kind zwei oder sogar drei Sprachen auf einmal lernen kann. "Es gibt da keine Kastl für Deutsch, Englisch und Türkisch, man kann nicht den Erwerb einer Sprache plötzlich aussetzen und eine andere Sprache draufsetzen, sondern muss beide Sprachen lernen", so der Uniprofessor.

Christine Marek hat zugegeben, dass ein getrennter Unterricht von deutschsprechenden und nicht-deutschsprechenden Kindern nicht optimal ist. Die Realität wäre jedoch bereits so, dass bis zu achtzig Prozent der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache spricht. "Eine Durchmischung ist illusorisch", sagte sie im Interview im Juni. (Lisa Aigner, derStandard.at, 10.8.2010)

<http://derstandard.at/1280984365095/Vorschule-Eine-Klasse-fuer-die-Auslaender>

## VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße  
Pädagogik -  
Veranstaltungen  
und Events](#)

### Hinweis: Fachtagung „VON DER KINDERGARTENTANTE ZUM BACHELOR OF EDUCATION“

Fachtagung über die Bedeutung von Forschung und Ausbildung für die Vorschulpädagogik

## VON DER KINDERGARTENTANTE ZUM BACHELOR OF EDUCATION

am 05. Oktober 2010  
von 08.30 bis 17.00 Uhr  
im SiemensForum, Wolfgang Pauli-Straße 2, 4020 Linz

- [Tagungsfolder](#)
- Weitere Informationen unter [http://www.pga.at/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?tx\\_ewuseminare\\_pi1%5Bid%5D=12855&cHash=67abed82ce](http://www.pga.at/kurseveranstaltungen/detailansicht.html?tx_ewuseminare_pi1%5Bid%5D=12855&cHash=67abed82ce)
- E-Mail: [office@pga.at](mailto:office@pga.at)
- Homepage: <http://www.pga.at/>

## SONSTIGES

---

### **Buch "Grundwissen Elementarpädagogik"**

Liebe KollegInnen,  
soeben ist das Buch "Grundwissen Elementarpädagogik" erschienen, das vor allem für Studienanfänger elementarpädagogischer Studiengänge eine gute Orientierung bieten soll.

Neben vielen Beispielen und Übersichten gibt es zahlreiche Arbeitsaufträge und Übungsaufgaben, die zur Seminargestaltung beitragen können.

Im pdf-Anhang finden Sie das Inhaltsverzeichnis und ein Bestellformular.  
Bitte leiten Sie diese Mail auch an interessierte KollegInnen weiter.

Prof. Dr. Norbert Neuß  
Universität Gießen  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften  
Pädagogik der Kindheit  
Karl-Glöckner Str. 21B  
35394 Gießen  
[norbert.neuss@erziehung.uni-giessen.de](mailto:norbert.neuss@erziehung.uni-giessen.de)

<http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/isd/Abteilungen/Schulpaedagogik/elementar>

---

## IMPRESSUM UND HINWEISE

---

### **Plattform EduCare**

**Postadresse:**  
Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265  
**Faxnummer:** +43 (1) 7485469

**Skype:** 

**E-Mail:** [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen**  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten**  
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

#### **Änderungen zu diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

#### **Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

#### **Anregungen zu Stellungnahmen**

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

#### **Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen**

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.